

Rede von Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der Einbringung des Haushalts am 13. Juli 2010 in den Rat der Stadt Köln

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2010 und 2011.

Mit diesem Doppelhaushalt wollen und müssen wir den Startschuss geben zur Neuorientierung unserer kommunalen Finanzstruktur. In einem auf 10 Jahre angelegten, planvollen Prozess wollen wir den Haushalt konsolidieren und zu einem ausgewogenen Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben kommen.

Bei unserem aktuellen Rekorddefizit von 463,8 Millionen Euro ist das Umsteuern zwingend geboten. Die Finanzierungslücke zeigt die dramatische Situation auf, in der sich unsere Stadt befindet. Sie zwingt uns, alles zu unternehmen, um unsere politische Handlungsfähigkeit zu erhalten – das heißt, wir wollen auf keinen Fall einen Nothaushalt für die Stadt Köln und auf keinen Fall ein Haushaltssicherungskonzept, das uns zwingen würde, unsere Schulden in vier Jahren abzubauen.

Mit unserem defizitären Haushalt stehen wir Kölner nicht alleine dar. Das kommunale Finanzsystem ist insgesamt aus dem Lot geraten.

Es kann etwas nicht stimmen, wenn in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 10 Prozent aller 398 Städte einen echten Haushaltsausgleich erreichen. 140 Kommunen befinden sich derzeit in der Haushaltssicherung, 40 Kommunen davon bereits in einem Zustand der drohenden bilanziellen Überschuldung; in einzelnen Städten und Gemeinden ist sie bereits eingetreten.

Uns hier in Köln kann es nicht trösten, dass es vielen anderen noch schlechter geht. Wir sind zum Beispiel auf die Inanspruchnahme von Kassenkrediten nicht angewiesen – im Unterschied zu vielen Städten, die ihre laufenden Ausgaben nur noch mit Rückgriff auf ihr „Girokonto“ bestreiten können.

Wir wollen unser Haushaltsdefizit in den Griff bekommen und hart an der Konsolidierung arbeiten. Aber bei aller eigenen Anstrengung, meine Damen und Herren, brauchen wir auch die Unterstützung von Bund und Land.

Generell sind die städtischen Haushalte unterfinanziert; wir kämpfen mit einem strukturellen Defizit. Mit der derzeitigen Finanzausstattung können wir kaum noch unsere Pflichtaufgaben sicherstellen – denken wir etwa an den Ausbau der U 3-Betreuung.

Bund und Land sind gefordert; vor allem von Seiten des Bundes erwarten wir schnelle und wirkungsvolle Schritte zum Ausgleich des Strukturdefizits:

1. Die Gewerbesteuer muss verstetigt und mit der Einbeziehung von Freiberuflern auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Gewerbesteuer ist unverzichtbar. Sie bildet das Band zwischen Wirtschaft und Kommune und trägt zu einer gerechten Lastenverteilung bei.
2. Wir brauchen eine Entlastung von den stetig wachsenden Sozialausgaben. Bundesweit haben sich die Ausgaben für die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen, für die Eingliederung von Behinderten oder die Grundsicherung im Alter in den letzten 20 Jahren auf 40 Milliarden Euro verdoppelt. Allein in unserem Haushalt sind für die Unterbringungskosten 305 Millionen Euro veranschlagt.

Der Bund zieht sich immer mehr aus der erforderlichen Mitfinanzierung zurück. Und er bürdet uns noch weitere Kosten auf. So wird zwangsläufig der geplante Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose auf die von uns zu tragenden Kosten zur Grundsicherung durchschlagen.

Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass Bund und Land ihre Haushalte auf Kosten der kommunalen Budgets sanieren. Wir erwarten von der vom Bund eingesetzten Finanzierungskommission eine konkrete Entlastung.

Und ich bekräftige noch einmal meine Forderung, die inzwischen von vielen geteilt wird, die Belastungen aus dem Solidarpakt II für die Städte und Gemeinden in den neuen Bundesländern für mindestens drei Jahre auszusetzen. Die dabei zu erzielenden Ersparnisse von jährlich über 70 Millionen Euro geben uns wieder mehr Luft zum Atmen.

Angesichts der Haushaltsmisere bleibt uns nichts anderes übrig, als mit deutlichem Protest und notwendigem Konflikt unsere Forderung nach finanziellen Reformen zu unterstreichen. Wir Kommunen, meine Damen und Herren, sind konfliktbereit und streikfähig. Sie sollten sich nicht wundern, wenn Sie eines Tages eine Reihe von Oberbürgermeistern vor dem Bundestag stehen sehen.

Es wird Sie daher nicht überraschen, dass ich die Absicht der zukünftigen Landesregierung begrüße, die Kommunen wieder an der Grunderwerbssteuer zu beteiligen. Außerdem soll der Beitrag der Kommunen zur Konsolidierung des Landeshaushalts abgeschafft werden; er belastet uns alle zurzeit mit jährlich 166 Millionen Euro. Dies sind Signale, sich ernsthaft mit den Sorgen und Nöten der kommunalen Familien auseinanderzusetzen.

Doch auch wenn es zu strukturellen Verbesserungen durch Bund und Land kommen sollte – in erster Linie sind wir selbst gefordert. Daran geht kein Weg vorbei. Es wird schmerzhaft Einschnitte geben; und der schwierige Weg – darauf müssen wir uns gefasst machen – wird auch von heftigen Protesten begleitet werden.

Uns ist allen klar, dass bei der Dimension der Finanzierungslücke von 463,8 Millionen Euro der Ausgleich nur mittel- bis langfristig erfolgen kann. Allein der Hinweis auf den Umfang der freiwilligen Leistungen von 200 Millionen Euro führt uns das schnell vor Augen. Eine abrupte Vollbremsung würde den Bereich der freiwilligen Leistungen fast vollständig aufzehren; was dies für die sozialen und kulturellen Netze und Initiativen bedeuten würde, brauche ich hier nicht aufzuzeigen.

Vorgesehen ist deshalb ein Zeitraum von 10 Jahren zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung. Dies ermöglicht eine zielorientierte und gesteuerte Absenkung der Ausgabenniveaus für die nächsten Jahre und eine verträgliche Verbesserung der Einnahmesituation.

Dies hilft uns zudem, das Abgleiten in einen Nothaushalt zu verhindern. Wir wollen nicht dem Diktat der Kommunalaufsicht ausgesetzt sein; sondern wir wollen unsere Zukunft selbst gestalten, eigene politische Schwerpunkte und Akzente setzen.

Dabei bewegen wir uns in den nächsten Jahren auf einer schmalen Straße. Wir dürfen nur ein Mal mehr als fünf Prozent der allgemeinen Rücklage entnehmen. Die Fünf-Prozent-Marke ist praktisch die Leitplanke auf unserer schmalen Straße. Die Leitplanken geben uns keinen Spielraum, die Straße etwa nach links oder rechts zu verlassen. Jeder, der eine finanzielle Forderung erhebt, die nicht durch eine Einsparung kompensiert ist, beschwört die Gefahr herauf, letztlich diese Wegbegrenzung zu durchbrechen. Das würde zwangsläufig zum Crash führen. Wir dürfen auch nicht die Augen davor verschließen, dass jede Entnahme unser Vermögen aufzehrt. Deswegen brauchen wir zwingend unser strukturelles Sparprogramm, um zu einem ausgewogenen Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben zu kommen.

Angesichts dieser wirklich extrem schwierigen Finanzsituation mag der eine oder anderer vielleicht mit dem Gedanken eines Nothaushalts spielen; dies würde ihn möglicherweise von der Pflicht entlasten, selbst die Einschnitte verantworten zu müssen.

Ich warne vor dieser Annahme.

Wer den Kriterienkatalog der Kommunalaufsicht zur Haushaltssanierung kennt, der weiß, welcher rigoroser Stellenabbau, welche einschneidende Kürzungen bei den freiwilligen Ausgaben und welche Restriktionen bei den Investitionen und Förderprogrammen zu erwarten sind.

Die Zukunftsentwicklung unserer Stadt wäre in hohem Maße gefährdet.

Wir Kölner gestalten unsere Zukunft selbst.

Wir sind stark genug, aus eigenen Kräften unsere Finanzen wieder auf einen festen Grund zu stellen.

Der Anfang ist gemacht.

In einem ersten Schritt haben wir pauschale Kürzungen in Höhe von 7,5 bis 12 Prozent eingebracht.

Im zweiten Schritt hat der Stadtvorstand einvernehmlich Kürzungs- und Verbesserungsvorschläge in Höhe von 28,5 Millionen Euro für dieses und 65,4 Millionen Euro für das kommende Jahr beschlossen. Grundlage für diese Vorschläge waren die Empfehlungen der sogenannten „task force“. Diese Empfehlungen sind von den jeweils betroffenen Dezernaten überprüft und in zahlreichen Fällen modifiziert worden.

Dies reicht jedoch nicht aus, um auf der schmalen Fahrbahn der Haushaltskonsolidierung sicher voranzukommen. In einem dritten Schritt müssen wir weitere Einsparungen und Einnahmenverbesserung von mindestens 150 Millionen Euro erzielen.

Der Stadtvorstand hat dazu die Kämmerei beauftragt, bis zum Ende der Sommerpause 2010 den Entwurf eines Konzeptes zur „Konsolidierung des Haushalts der Stadt Köln“ zu erarbeiten und dem Gremium vorzulegen.

Der Konsolidierungsprozess macht vor der Verwaltung nicht halt. Mit der aufgabenkritischen Überprüfung sind zwangsläufig auch Personal- und Stellenveränderungen verbunden. Wir wollen dies gemeinsam mit den Beschäftigten auf den Weg bringen. Wir werden hierzu eine Vereinbarung mit der Personalvertretung abschließen und dabei bekräftigen, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird.

Meine Damen und Herren,

eine gerechte, faire und ausgewogene Haushaltskonsolidierung kann nur gelingen, wenn unseren politischen Entscheidungen ein erkennbares

Koordinatensystem zugrunde liegt. Wir müssen wissen, in welchen Bereichen und mit welchen Folgen Kürzungen und auch Verteuerungen verträglich sind. Wir müssen uns über die Interdependenzen und Folgewirkungen von Haushaltsentscheidungen im Klaren sein. Wir dürfen nicht nur haushaltärtsch fragen, ob eine Ausgabe überhaupt disponibel ist, sondern uns darüber im Klaren sein, was passiert, wenn eine Aufgabe wegfällt. Sind die Folgekosten einer wegfallenden Präventionsmaßnahme nicht höher als der kurzfristige Konsolidierungserfolg?

Diese Fragen sind gestellt worden und werden im weiteren Verfahren der Haushaltsdiskussion immer wieder zu stellen sein. Die Antworten darauf sind wahrlich nicht leicht, weil sie immer wieder eine sorgfältige Abwägung unterschiedlicher Zielsetzungen und Interessen erfordern.

Wir brauchen ein Bild über die Zukunft unserer Stadt im Zeichen einer kommunalen Haushaltskrise.

Nicht das Wünschbare ist dabei gefragt, sondern das absolut Notwendige, um unsere Stadt lebendig, lebenswert und lebenswürdig zu erhalten. Eine Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr erkennen, dass die öffentliche Hand an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt ist und dass gerade jetzt verstärkter bürgerschaftlicher Einsatz gefragt ist.

Wenn wir uns an den großen Zielen unserer Stadtentwicklung, die durch den Leitbildprozess, die Agendapolitik und die vielen gesellschaftlichen Diskussionsplattformen geprägt sind, orientieren, werden wir die schwierige Wegstrecke meistern.

Die großen Koordinaten bestimmen unsere Zukunft.

1. Wir müssen die soziale Balance in unserer Stadt wahren und Integration fördern.
2. Wir wollen ein modernes Erziehungs- und Schulsystem, das die strukturelle Bildungsbenachteiligung aufhebt.

3. Wir sind der kulturellen Vielfalt und der kreativen Potentiale unserer Stadt verpflichtet, weil sie das Lebensgefühl dieser Stadt prägen.
4. Wir brauchen ein dynamisches Wirtschaftswachstum und eine gesicherte Beschäftigung; dabei müssen wir die Innovations- und Technologiepotentiale weiter ausschöpfen.

An diesen Kernzielen müssen wir die vielfältigen Belange, die die Zukunft einer europäischen Metropole wie Köln prägen, ausrichten: Mobilität, Klimaschutz, Stadtentwicklung und Wohnen, Sicherheit und Sauberkeit – um nur einige Ziele zu nennen.

Das Austarieren dieser Ziele und Belange kann man nicht von oben verordnen. Dies bedarf eines offenen Diskussionsprozesses in der Stadtgesellschaft, eines politischen Prozesses unter Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen.

Ein Anfang ist dabei beim Diskussionsforum am 5. Juli im Rathaus unter Teilnahme von über 100 Vertreterinnen und Vertretern aus unterschiedlichsten Bereichen und Vertreterinnen und Vertretern des Rates gemacht worden. Im Sinne des Bürgerhaushalts werden wir auch Möglichkeiten schaffen, die breite Bürgerschaft an diesem Prozess zu beteiligen.

Mir ist wichtig, ein Klima des Vertrauens zu erreichen, das es allen Beteiligten ermöglicht, Einsparungsvorschläge zu präsentieren, ohne gleich in eine Verliererposition zu geraten.

Meine Damen und Herren,

bei allen Sparzwängen müssen wir auch klar und deutlich sagen, dass wir hier in Köln weiter investieren wollen – in die Verbesserung unseres Schulangebots, in die Gewährleistung der Verkehrssicherheit, in kulturelle Einrichtungen. Dieser Spagat zwischen Sparen und sinnvollem Investieren fordert von allen Entscheidungsträgern eine große Kraftanstrengung, Mut und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. In diesem Sinne setze ich sehr auf Ihre konstruktive Zusammenarbeit in den Haushaltsberatungen.